FH-SF-01-013

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Thomas Dyhr (Brandenburg LV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 12 bis 15 löschen:
akzeptieren, die nur alten ideologischen Reflexen folgen und unwirksam sind – so wie zum Beispiel die Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. ~~Es ist viel wirksamer, gezielt einige hundert Gefährder zu überwachen als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger.~~

Begründung

"Gefährder" sind Menschen, die noch nichts gemacht haben, denen man aber seitens des Verfassungsschutzes und/ oder Polizei aufgrund von Indizien zutraut, Anschläage zu verüben. Hier beginnt die Repression gegen eine einzelne Person also bereits in einem Stadium, wo noch nicht einmal ein konkreter Anschlagsplan gewachsen ist.

Sollen sich Bündnis90/ Die Grünen als Bürgerrechtspartei allen Ernstes auf dieses dünne Brett begeben?

Auf der anderen Seite wenden wir uns zu recht gegen anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz!

Wo bleibt das Recht des Betroffenen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit aus Art. 2 (1) GG, welches Jedem zusteht, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt. "Verletzen" und "verstoßen" sind aktive Handlungen, die justiziabel belegbar sein müssen, um das Grundrecht einzuschränken. Wie will man eine aktive Handlung belegen, die noch gar nicht begangen ist?

Die Überwachung von sogenannten Gefährdern ist zudem ein extrem ressourcenraubender Irrweg, der die ohnehin personell gebeutelten Polizeibehörden zusätzlich extrem belastet.
Wenn man die Zahl der bekannten sogenannten "Gefährder" mit der Zahl von mindestens 12 Beamten multipliziert, die man für eine Rund-um-die-Uhr-Überwachung nebst Fahrzeugen und Logistik im Dreischicht-Betrieb einkalkulieren müsste, erkennt man unschwer die Grenzen des Machbaren.

Deswegen sollte diese Verbeugung unserer Partei vor der von der Union betriebenen Repressionsspirale aus dem Wahlprogramm gestrichen werden.

Unterstützer*innen

Philipp Schmagold (Kiel KV); Kerstin Dehne (München KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Gerhard Klünder (Warendorf

KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Werner Weindorf (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Carsten Bauer (Bremen-Nordost KV); Christina Dyhr (Barnim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Sascha Maier (Uckermark KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV)